

Hartz IV – BA erteilt rechtswidrige Anweisung zur Abweisung von Überprüfungsanträgen und Widersprüche

Beigesteuert von Redaktion
Montag, 8. Februar 2010

Bonn – Erwerbslosen Forum Deutschland empfiehlt unbedingt zu klagen. Erweiterte Musterklage veröffentlicht. BA soll zügig ihre rechtswidrige Anweisung zurück nehmen. — Mit einer Dienstanweisung *BVerfG (21. Dezember 2009) hat die Bundesagentur für Arbeit allen Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften Weisung erteilt, dass die verstärkt gestellten Überprüfungsanträge, die in Folge des beim Normenkontrollverfahrens zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Hartz IV-Regelleistungen nach § 20 SGB II als unbegründet zurück zuweisen. Ebenso sollen eingehende Widersprüche auf die Überprüfungsanträge sowie Neu- und Folgeanträge als unbegründet zurück gewiesen werden.

Damit trifft die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine offensichtlich rechtswidrige Entscheidung. Es bleibt die Frage offen, ob sie etwa Nachzahlungen befürchtet. Dabei hat das Bundessozialgericht hat in seinem Urteil vom 8. Februar 2007 – B7a AL 2/06 R – klar festgestellt, dass nur dann Ansprüche geltend gemacht werden können, wenn vor einer höchstrichterlichen Entscheidung Anträge auf Überprüfung oder Widersprüche gestellt wurden und man gleichzeitig die Ruhestellung des Verfahrens bis zur höchstrichterlichen Entscheidung gestellt hat. Anderslautende Erklärungen des Bundesministeriums für Arbeit- und Soziales entsprechen nicht den Tatsachen.

Das Erwerbslosen Forum Deutschland empfiehlt bei Zurückweisung der WidersprücheKlage beim zuständigen Sozialgericht einzureichen. Noch besser ist es, sich nach Ablehnung des Widerspruchs sich unverzüglich einen Beratungsschein zu holen und seine Ansprüche mit anwaltschaftlicher Hilfe durchzusetzen. Die Kosten des Verfahrens bleiben in diesen Fällen bei den Behörden hängen, die diese offensichtlich rechtswidrigen Entscheidungen treffen. unbedingt innerhalb von vier Wochen eine

“Wir fordern die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit auf, ihre Entscheidung umgehend rückgängig zu machen, da sie durch diese Entscheidung die SteuerzahlerInnen unnötig belasten. Wenn die Bundesagentur für sich schon das Sonderrecht hat, dass sie Geldleistungen erst ab höchstrichterlicher Rechtsprechung anpassen braucht, sollte jetzt nicht den einzig möglichen Weg rechtswidrig versperren, damit Betroffene Ansprüche für die Vergangenheit eventuell erhalten können. Auch wenn nicht unbedingt damit zu rechnen ist, dass das Bundesverfassungsgericht eine

Entscheidung für die Nachzahlung von Leistungen für die Vergangenheit trifft, gibt es durchaus gute Gründe, dass dies so sein könnte. Wir weisen nochmal darauf hin, dass der Präsident des BVerfG Prof Papier in der öffentlichen Verhandlung am 20. Oktober 2009 ausdrücklich erklärt hatte, dass entgegen anderslautender Medienberichte auch die Regelleistung für Erwachsene, nicht nur die für Kinder, Gegenstand des Verfahrens sind, so Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland.

dieser Artikel / Pressemeldung stammt von Martin Behrsing und ist u.a. auf PR-SOZIAL veröffentlicht (Text/Bildrechte , Martin Behrsing)

Kontakt : Martin Behrsing – 0160 99278357

* http://www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/HEGA-12-2009-VG-Ueberpruefungsantraege.html

aktuelle Musterüberprüfungsanträge und Widersprüche (Tacheles e. V.)

http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2009/Rueckwirkend_Anspueche_Sichern.aspx

Kommentar von Dirk Grund dazu :

Ich kann mich der hier zitierten Forderung nur anschließen , und jedem Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende raten , dies nicht nur zu beherzigen, sondern vielmehr , auch wirklich in die Tat umzusetzen. Ein jeder der unter der AGENDA 2010 zu leiden hat , sollte es eine Pflicht und zugleich eine genugtuung sein , diese vielleicht einmalige Chance wahrzunehmen !!

Abschließend möchte ich noch ein Zitat von Harald Thome (eine Koryphäe im Bereich ALG II, Sozialhilfe und Arbeitslosenrecht, sowie allgemeine Existenzsicherung anführen :

Nun wird es Zeit für einen Ruck in dem Land, das sich soziale Bewegung Menschenwürde, menschenwürdigen Umgang und wir fordern die Menschenwürde sichernde Regelleistungen die soziokulturelle Teilhabe sicherstellen. formiert, die zum Ausdruck bringt es reicht, wir fordern